

Peter Cosack

Fraktionsvorsitzender

Lange Str. 14
59555 Lippstadt

6. Februar 2021

Sozialdemokraten im Winterschlaf?

In der Diskussion um die Neuordnung der Verwaltungsspitze sind nicht zuletzt durch die jüngste Erklärung der SPD-Fraktion Irritationen und Unklarheiten über Ziele und Absichten des Bürgermeisters und der Ratsfraktionen entstanden. Dazu erklärt CDU-Fraktionsvorsitzender Peter Cosack:

„Entweder hat sich die Lippstädter SPD-Fraktion in den letzten Wochen im Winterschlaf befunden oder sie versucht, mit Fake News Stimmung zu machen. Beides schadet jedenfalls den Interessen der Stadt. Richtig ist, dass es aus den Erfahrungen der Vergangenheit heraus, frühzeitig den Gedanken gab, die Positionen des Ersten Beigeordneten und die des Kämmerers auf zwei Personen aufzuteilen. Daraus ist, unter Beteiligung und mit ausdrücklicher Zustimmung der Führungsspitze der SPD, die Idee entwickelt worden, die Stadtspitze mit einem weiteren, zusätzlichen Beigeordneten zu verstärken. Relativ schnell, spätestens aber seit dem interfraktionellen Gespräch am 6. Januar, ist die Überlegung, die Stelle eines zweiten Beigeordneten zu schaffen, hinfällig. Ein dritter, Technischer Beigeordneter, ist ein Fantasieprodukt der selbsternannten SPD-Verwaltungsexperten, davon war nie die Rede. Allen am Diskussionsprozess Beteiligten ist klar, dass es bei einem Beigeordneten bleibt. Nur der SPD nicht, deren Anträge und Pressemitteilungen damit völlig ins Leere laufen.“

Aus wohlerwogenen Gründen ist es aber dabei geblieben, die Aufgabenbereiche des Ersten Beigeordneten und des Kämmerers voneinander zu trennen. Allerdings wird der Kämmerer nicht Beigeordneter, sondern die Stelle soll für einen Laufbahnbeamten ausgeschrieben werden. Damit ist auch das Argument der „beträchtlichen Mehrkosten“ hinfällig, der Kämmerer wird bei Pensionierung des Fachbereichsleiters „Finanzen“ dessen Position übernehmen. Die Trennung beider Positionen ist auch deshalb geboten, weil sich bereits bei der Nachfolgesuche von Kämmerer Rainer Strotmeier 2013 gezeigt hat, dass juristischer und finanzieller Sachverstand in einer Person kaum verfügbar ist. Beides ist aber bei den vor uns liegenden Herausforderungen für die Zukunft der Stadt unabdingbar. Notwendig ist der juristische Sachverstand aber auch deshalb, weil Bürgermeister Arne Moritz, im Gegensatz zu seinen beiden Vorgängern, kein Volljurist ist. Daher sollte der Erste Beigeordnete aus unserer Sicht die „Befähigung zum Richteramt“ haben. Dieser soll sich nach den Vorstellungen von Bürgermeister Moritz insbesondere auch um die Themenbereiche Nachhaltigkeit und Klimaschutz kümmern, weil es sich dabei um eine dringende Zukunftsaufgabe handelt, der besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden muss. Genauso ist aber auch besonderer Sachverstand in der Finanzpolitik erforderlich, insbesondere auch im Hinblick auf die Herausforderungen der Bewältigung der Corona-Krise für den Haushalt der Stadt. Wir begrüßen aber insbesondere die Absicht des Bürgermeisters, eine Stabsstelle unter der Leitung des Stadtkämmerers einzurichten, die das Beteiligungsmanagement und das Projektmanagement im Gebäudebereich in den Fokus nimmt. Angesichts der Investitionsplanung von über 100 Mio. Euro bis 2025, vor allem die Investition in den Stadthausneubau, erfordern besonderen finanzpolitischen Sachverstand und Erfahrung. Die Stabsstelle unter der Leitung des Kämmerers wird mit dafür sorgen, dass die Quartiersentwicklung Südliche Altstadt im Kostenrahmen bleibt.

Veränderten Rahmenbedingungen und zukünftigen Herausforderungen wollen wir uns mit einer angepassten und neu strukturierten Verwaltungsspitze stellen. Dabei bleiben die Hierarchien flach und die Verwaltung bürgernah.“